

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

18.-18. November 2009

MdL Peter Ritter

TOP 25

Funklöcher in Mecklenburg-Vorpommern aus sicherheitsrelevanten Erwägungen beseitigen - Erreichbarkeit der Rettungsleitstellen sicherstellen
Drs. 5/2927

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

die FDP-Fraktion greift mit ihrem Antrag ein wichtiges Thema auf.

Geht es doch um die Sicherheit von uns allen.

Insofern ist das Anliegen zu unterstützen.

Der Antrag ist jedoch unausgereift, da er eine Reihe von wesentlichen Fragen unbeantwortet lässt.

Insofern, das kündige ich gleich am Anfang meiner Rede an, unterstützen wir die Überweisung in den Innenausschuss.

Sollte der Antrag heute abgestimmt werden, können wir uns allenfalls nur enthalten.

Warum können wir heute nicht einfach zustimmen?

Nun, weil der Antrag leider mehr Funklöcher produziert als er wohlmöglich beseitigen will.

Die FDP fängt noch viel versprechend an und betitelt ihren Antrag mit:

„Funklöcher in Mecklenburg-Vorpommern aus sicherheitsrelevanten Erwägungen beseitigen - Erreichbarkeit der Rettungsleitstellen sicherstellen“.

Die Erreichbarkeit der Rettungsleitstellen soll also durch die Beseitigung von Funklöchern sichergestellt werden.

Hierzu soll, so weiter im Beschlussteil, die Landesregierung zusammen mit Mobilfunkbetreibern ein Konzept erstellen.

Meine Damen und Herren,

an dieser Stelle wird die FDP dann schnell vage, sie wurde so zusagen selbst Opfer eines Funkloches.

Liebe Kollegen der FDP,

Funklöcher sind grundsätzlich ärgerlich, erst Recht in Notfällen.

Dann können Sie schlimmsten Falles sogar eine Gefahr für Leib und Leben werden.

Völlig klar.

Völlig unklar ist hingegen, wo genau und in welchem Umfang es in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt Kommunikationsprobleme mit den Rettungsdiensten gibt. Hierzu findet sich im Antrag kein einziges Wort!

Defizite für die Sicherheit der Bürger beschreibt die FDP selbst als lediglich „möglich“.

Der Landtag kann daher aus ihrem Antrag erst gar nicht den Schluss ziehen, dass es einen tatsächlichen Bedarf für das von Ihnen geforderte Konzept der Landesregierung gibt!

Ich jedenfalls halte es für nicht angebracht, sozusagen aus dem Bauch heraus, mit dem lapidaren Hinweis auf möglichen Funklöcher im Land Konzepte der Landesregierung einzufordern.

Meine Damen und Herren,

die flächendeckende und bedarfsgerechte Sicherstellung des Rettungsdienstes ist im Rettungsdienstgesetz des Landes und im Einzelnen im Rettungsdienst-Plan geregelt.

Träger des Rettungsdienstes am Boden sind die Landkreise und kreisfreien Städte.

Sie sind jeweils für ihr Gebiet zuständig.

In diesen Rettungsdienstbereichen werden, teilweise kreisübergreifend, integrierte Rettungsleitstellen betrieben, die oft Teil von Leitstellen für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst sind.

Insoweit sollte doch zunächst geklärt werden, ob und inwiefern die Rettungsleitstellen Handlungsbedarfe sehen.

Gibt es Kritik von den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister oder Landrätinnen und Landräten?

Ich frage mich auch, was denn der Landesbeirat für das Rettungswesen dazu sagt.

Der Beirat müsste doch Substanzielles sagen können. Berät er doch die Träger des öffentlichen Rettungsdienstes und das Sozialministerium in Fragen des Rettungsdienstes. Auch sind mir entsprechende Äußerungen des sozialpolitischen Sprechers der FDP nicht bekannt.

Meine Damen und Herren,

möglicherweise geht es der FDP aber auch gar nicht um Unzulänglichkeiten im Rettungswesen, sondern tatsächlich um den Tourismus.

Im Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern sollte jeder Gast uneingeschränkt erreichbar sein, so jedenfalls die FDP in zweiten Absatz ihrer Antragsbegründung.

Dazu also sollen die Funklöcher beseitigt werden.

Aber mal abgesehen davon, dass wieder einmal unklar bleibt, in welcher Tourismusregion Mecklenburg-Vorpommerns überhaupt Funklöcher bestehen:

Ob es die Mehrzahl der Touristen überhaupt freuen würde, immer und überall erreichbar zu sein?

Aus tourismuspolitischer Sicht jedenfalls dürfte dies trefflich bezweifelt werden.

Ich verwies in diesem Zusammenhang auf Tagesspiegel vom 14. März 2009.

Dort heißt es:

„Märkische Reiseregionen werben auf der Internationalen Tourismus-Börse mit reichlich Natur, Radfahren und Kultur – ohne Handyklingeln.“

Während also etwa Brandenburg mit Urlaub im Funkloch wirbt, will die FDP diese in Mecklenburg-Vorpommern komplett beseitigen.

Ich frage mich, was sagt der Tourismusverband des Landes dazu?

Auch an dieser Stelle muss ich feststellen, dass mir entsprechende Äußerungen bzw. Forderungen des wirtschaftspolitischen Sprechers der FDP nicht bekannt sind.

Meine Damen und Herren,
ich komme nun zur letzten Facette des Antrags, dem Funkloch.
Für den so genannten BOS-Funk, dem Funk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, ist das Innenministerium zuständig.
Die Funkausleuchtung des BOS-Funks kann grundsätzlich aufgrund von topografischen Gegebenheiten Schwierigkeiten bereiten, sie ist abhängig vom Standort und Antennenhöhe der Relaisstelle im Funkverkehrskreis.

Lässt der Antrag auch an dieser Stelle entschiedene Fragen offen?
Selbstverständlich.
Die FDP bleibt sich treu und sagt nichts.

Ich frage die FDP, ich frage uns:
Existieren überhaupt Funkverkehrskreise, in denen die Einrichtung besonderer technischer Funkssysteme erforderlich ist?
Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion verlor dazu in der Vergangenheit jedenfalls keinen Ton.
Auch nach seinem heutigen Vortrag bin ich nicht schlauer.

Da ich es aber andererseits auch nicht ausschließen kann und ich darüber hinaus neugierig bin, unterstützt meine Fraktion eine Überweisung in den Innenausschuss.
Dort können dann die Fakten auf den Tisch.

Sollten nach der Beratung tatsächlich Handlungsbedarfe im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Rettungsleitstellen bestehen, wird meine Fraktion selbstverständlich von der Landesregierung entsprechende Konsequenzen einfordern.
Ein Konzept, verbunden mit einer gleich vierteljährigen Berichtspflicht, wie sie es in ihrem Antrag wollen.
halte ich schon für etwas sehr ambitioniert.
Aber so weit sind wir noch lange nicht.
Zunächst einmal heißt es: Sachverhalt aufklären und dann Schlussfolgerungen ziehen.
Und nicht Konzepte fordern, ohne zu wissen, warum, wieso und weshalb.